

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Verzeichnis der Abbildungen	XIII
Verzeichnis der Tabellen	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XIV
Erstes Kapitel	
Problemstellung, Zielsetzung und Vorgehensweise	1
1. Ausgangslage und Problemanalyse	1
2. Zielsetzung der Untersuchung	5
3. Gang der Untersuchung	7
Zweites Kapitel	
Entwicklung, Stand und Anwendungsprobleme der europäisierten Umsatzsteuer - Notwendigkeit einer weiteren Feinharmonisierung	10
1. Entwicklung der europäisierten Umsatzsteuer	10
1.1. Europäisierung und Weg zur Allphasen-Nettoumsatzsteuer	10
1.2. Harmonisierung der Bemessungsgrundlage durch die 6. EG-Richtlinie	14
1.3. Umsatzsteuer-Binnenmarktgesetz	16
2. Umsatzsteuer im Europäischen Binnenmarkt seit dem 1. Januar 1993	21
2.1. Eckwerte der Umsatzbesteuerung im Binnenmarkt	21
2.2. Übergangscharakter der Umsatzsteuer-Binnenmarkt-Richtlinie	27
3. Anwendungsprobleme	29
3.1. Divergierende einzelstaatliche Regelungen	29
3.1.1. Unterschiedliche Steuersätze	29
3.1.2. Unterschiedliche Umsatzsteuerrechtssysteme	33
3.1.3. Unterschiedliche Regelungen zur „Fiskalvertretung“	36
3.2. Materielle umsatzsteuerliche Probleme eines grenzüberschreitend tätigen deutschen Unternehmens bei wesentlichen Lieferungs- und Leistungsarten	40
3.2.1. Reihengeschäfte und innergemeinschaftliche Dreiecksgeschäfte	40
3.2.2. Innergemeinschaftliches Verbringen von Gegenständen	45
3.2.3. Innergemeinschaftliche Güterbeförderungen	49
3.2.4. Sonstige Leistungen auf dem Gebiet der Telekommunikation	53
4. Notwendigkeit einer weiteren Feinharmonisierung der europäisierten Umsatzsteuer	61

Drittes Kapitel**Gestaltung und Vereinfachung**

	65
1. Gestaltungsmöglichkeiten eines grenzüberschreitend tätigen deutschen Unternehmens	65
1.1. Gründe für Gestaltungsüberlegungen	65
1.2. Analyse ausgewählter Gestaltungsmöglichkeiten	68
1.2.1. Gestaltung von Leistungs- und Erwerbssort	68
1.2.1.1. Umsatzsteuer-Identifikationsnummer als Standortkriterium	68
1.2.1.2. Wahl des Unternehmensstandorts	74
1.2.1.3. Kundenorientierte Absatzplanung	80
1.2.2. Vertragsgestaltung	83
1.2.2.1. Zuordnung des Transports	83
1.2.2.2. Lieferungs- und Leistungsgestaltung	87
1.2.3. Gestaltung von Schwellenwerten	93
1.2.3.1. Gestaltung der Lieferschwelle	93
1.2.3.2. Gestaltung der Erwerbsschwelle	97
1.3. Grenzen der Gestaltung	99
2. Vereinfachungsmöglichkeiten des Richtliniengebers und der nationalen Gesetzgeber	102
2.1. Gründe für Vereinfachungsüberlegungen und Ebenen der weiteren Harmonisierung	102
2.2. Vereinfachung im Rahmen der Übergangsregelung	106
2.2.1. Vereinfachungsüberlegungen zu ausgewählten innergemeinschaftlichen Umsatzarten	106
2.2.1.1. Anwendung und Erweiterung der Steuerlagerregelung	106
2.2.1.2. Verzicht auf die Regelungen über innergemeinschaftliche Versandhandelsgeschäfte	108
2.2.2. Vereinfachung von formalrechtlichen Aspekten und Besteuerungsverfahren	111
2.2.2.1. Reduzierung der Anforderungen an die Rechnungserteilung sowie der Aufzeichnungs- und Meldepflichten	111
2.2.2.2. Notwendigkeit eines steuerlichen „Fiskalvertreters“?	116
2.2.3. Vereinfachung auf dem Weg zu einer endgültigen Regelung	119
2.2.3.1. Angleichung der partiell unterschiedlichen einzelstaatlichen Umsatzsteuerrechtssysteme	119
2.2.3.2. Besteuerung nach dem Bestimmungslandprinzip am Sitzort der Unternehmen	122

	Seite
2.2.3.3. Teilweiser Übergang zum Ursprungslandprinzip mit partiellem Clearingverfahren	126
2.3. Überlegungen zur Ausgestaltung einer endgültigen Regelung der Umsatzbesteuerung im Binnenmarkt	129
2.3.1. Eingrenzende Rahmenbedingungen	129
2.3.2. Ausarbeitung der Ursprungslandkommission	133
2.3.2.1. Konzept und Ergebnis des Gutachtens	133
2.3.2.2. Kritische Stellungnahme	136
2.3.3. Vorschlag der Europäischen Kommission für ein gemeinsames Mehrwertsteuersystem nach dem Ursprungslandprinzip	139
2.3.3.1. Konzept der Europäischen Kommission	139
2.3.3.2. Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission und Umsetzungsstand	142
2.3.3.3. Kritische Stellungnahme	145
2.3.4. Einführung einer „EU-Umsatzsteuer“	151
2.3.5. Eigener Vorschlag für eine endgültige Regelung der Umsatzbesteuerung	152
Viertes Kapitel	
Auswirkungen der EuGH-Rechtsprechung auf die europäisierte Umsatzsteuer	159
1. Umsatzsteuer-Richtlinien als Harmonisierungsinstrument und Rolle des EuGH	159
1.1. Bedeutung von Richtlinien	159
1.2. Auslegung von Umsatzsteuer-Richtlinien durch den EuGH	163
1.3. Unmittelbare Wirkung von nicht umgesetzten EG-Richtlinien	168
1.4. EuGH als Motor der Integration	174
2. Harmonisierungstendenzen in ausgewählten Urteilen	176
2.1. Aufteilung gemischt genutzter Gegenstände für die Zugehörigkeit zum Unternehmen	176
2.2. Vorsteuerabzug des umsatzlosen Unternehmers	181
2.3. Anerkennung von Ersatzdokumenten beim Vorsteuervergütungsverfahren	186
3. Betriebswirtschaftliche Relevanz der EuGH-Rechtsprechung für Unternehmer	190
Fünftes Kapitel	
Zusammenfassung der Ergebnisse und Ausblick	194

	Seite
Literaturverzeichnis	200
Rechtsprechungsverzeichnis	225
Verzeichnis der Verwaltungsanweisungen	230
Materialien der Organe der EU	232
Verzeichnis der EG-Richtlinien, Verordnungen, Vorschläge und Arbeitspapiere	233
Stichwortverzeichnis	237

Verzeichnis der Abbildungen

	Seite
Abbildung 1: Entwicklungszäsuren der europäisierten Umsatzsteuer	2
Abbildung 2: Verlagerung der Steuergrenzen	21
Abbildung 3: Territorialer Anwendungsbereich	22
Abbildung 4: Systematik der Umsatzarten im Binnenmarkt	24
Abbildung 5: Innergemeinschaftliche Güterbeförderung	50
Abbildung 6: Systematik der innergemeinschaftlichen Umsätze	66
Abbildung 7: Lieferort bei Versandhandelsumsätzen	93
Abbildung 8: Besteuerungsprinzipien	130
Abbildung 9: Gang des Gesetzgebungsverfahrens	161

Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 1: Umsatzsteuersätze	31
Tabelle 2: Vorsteuervergütungen nach Ausgabenkategorien	35
Tabelle 3: Fiskalvertretung in den anderen Mitgliedstaaten	38
Tabelle 4: Besteuerungsort bei Telekommunikationsleistungen	55
Tabelle 5: Abgrenzung der Telekommunikationsleistungen	57
Tabelle 6: Finanzierungsstrukturen der Staatshaushalte	62
Tabelle 7: Mit USt-IdNr. gestaltbare Umsatzarten	69
Tabelle 8: Leistungsort bei sonstigen Leistungen	78
Tabelle 9: Nullsatz-Regelungen	92
Tabelle 10: Lieferschwellen	95
Tabelle 11: Erwerbsschwellen	98
Tabelle 12: Gruppeneinteilung für partielles Clearingverfahren	127